

Die Expansion privater Sicherheitsdienste

Autor(en): **Eisner, Manuel**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Kriminologisches Bulletin = Bulletin de criminologie**

Band (Jahr): **26 (2000)**

Heft 2

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-1046839>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DIE EXPANSION PRIVATER SICHERHEITSDIENSTE

Manuel EISNER

Zusammenfassung

In diesem Artikel wird die Entwicklung privater Sicherheitsdienste in der Schweiz anhand verschiedener quantitativer Indikatoren aufgezeigt und in einen internationalen Vergleichsrahmen gesetzt. Einerseits entspricht diese Entwicklung dem allgemeineren Liberalisierungs- und Privatisierungsprozess, welchem bisherige Staatsmonopole unterliegen. Andererseits wird sie von einer Reihe spezifischerer Faktoren beeinflusst, wie die wachsende Bedeutung präventiver Kontrollstrategien oder die Zunahme neuartiger halb öffentlicher Räume wie Einkaufszentren. Dieses Wachstum des Privatsektors erfordert eine verbesserte Regulierung in den Bereichen der Informationssicherheit, der Verantwortungsstrukturen sowie der Ausbildung. Indessen könnte die Zunahme privater Sicherheitsdienste neuartige soziale Ungleichheiten schaffen und verheerende Auswirkungen im Falle schwerwiegender sozialer und politischer Konflikte zeitigen.

Résumé

Cet article esquisse le développement des services privés de sécurité en Suisse à partir de quelques indicateurs quantitatifs et en les mettant en relation avec certains développements internationaux. D'une part, cette expansion n'est qu'un aspect du processus plus général de libéralisation et de privatisation que l'on peut observer dans plusieurs domaines jusqu'alors soumis à un monopole étatique. D'autre part, elle résulte d'une série d'influences spécifiques telles que l'importance croissante de stratégies de contrôle préventives ou encore l'émergence du nouveau type d'espace semi-public que représentent les centres commerciaux. Ce phénomène rend nécessaire une meilleure régulation de la sécurité des informations, des responsabilités et de la formation. La privatisation de la sécurité ou le transfert partiel des monopoles de l'Etat à des organisations privées pourrait d'ailleurs conduire à la création de nouvelles inégalités et avoir des conséquences dévastatrices en cas de conflits politiques et sociaux.

1. EINLEITUNG

Unter den verschiedenen Umwälzungen der modernen Gesellschaft an der Wende zum 21. Jahrhundert gehört die anhaltende Privatisierung und Deregulierung vieler staatlicher Aktivitäten ohne Zweifel zu den auffälligsten Erscheinungen. Was in diesem Bereich seit rund 20 Jahren geschieht, ist nichts weniger als eine in der modernen Gesellschaft einmalige Neuordnung des Verhältnisses zwischen Staat und Markt (BORNSCHIER, 1998). Die Privatisierung von Post und Telekommunikation beispielsweise bricht mit einer fünfhundertjährigen Tradition des staatlichen Monopols über die Kommunikationswege. Ebenso galten die Stromproduktion und -verteilung oder der Schienenverkehr bis vor kurzem als Bereiche, die selbstverständlich durch den Staat bereitgestellt wurden. Auch hier wird heute privatisiert und dereguliert, begleitet von einer lauten öffentlichen Diskussion über Vor- und Nachteile (BARRO, 1996).

Umso erstaunlicher ist es, dass bislang in der Schweiz noch kaum eine Auseinandersetzung um das Phänomen privater Sicherheitskräfte in Gang gekommen ist. Dies überrascht einerseits, weil im Verlauf der vergangenen 20 Jahre die kommerzialisierte Produktion von Sicherheit eine enorme Expansion erfahren hat und damit die private Sicherheitsindustrie neben der Polizei erheblich an Gewicht gewonnen hat. Die Grenzen zwischen privater und öffentlicher Sicherheit sind fließend geworden, und es ist kaum absehbar, wohin die aktuellen Entwicklungen führen werden. Zum anderen verblüfft das geringe öffentliche Interesse, weil «Sicherheit» ja nicht irgendein Gut der modernen Gesellschaft ist, sondern durch das staatliche Gewaltmonopol zu den Grundpfeilern der modernen Gesellschaft gehört.

Im folgenden Beitrag sollen erstens anhand ausgewählter Indikatoren die Entwicklung privater Anbieter von Sicherheitsdiensten skizziert werden, zweitens einige Gründe für diese Dynamik umrissen werden und schliesslich einige aktuelle Problemfelder benannt werden.

2. PRIVATE SICHERHEIT – DIE STATISTISCHE SITUATION

Nach wie vor bestehen erhebliche Wissenslücken zu Umfang und Entwicklung der privaten Sicherheitsindustrie in Europa. Die einzige Datenquelle, die Schätzungen des Bestandes privater Sicherheitskräfte im internationalen Vergleich erlaubt, ist eine Studie des Niederländischen Justizministeriums (DE WAARD, 1998 und 1999). Obwohl diese Daten die gegenwärtig beste Grundlage für einen internationalen Vergleich darstel-

len, sind sie mit einer erheblichen Unsicherheit behaftet. Tabelle 1 zeigt die Daten, wie sie von KANGASPUNTA et al. (1998) zusammen mit Angaben über den Bestand öffentlicher Polizeikräfte dargestellt wurden. Sie lassen beträchtliche Unterschiede im Umfang privater Sicherheitskräfte erkennen. Während beispielsweise in Griechenland rund 20 private Sicherheitskräfte auf 100'000 Einwohner fallen, sind es in den USA knapp 600 Personen auf 100'000 Einwohner. Dabei zeigen die Analysen von KANGASPUNTA et al. (1998), dass insgesamt der Bestand privater Polizeikräfte umso erheblicher ausfällt, je höher das Bruttosozialprodukt des entsprechenden Landes ist. MARSHALL interpretiert diesen Zusammenhang als Hinweis darauf, dass mit dem Wohlstandsniveau auch die Nachfrage nach spezifischen Sicherheitsdiensten steigt, welche auf einem privaten Markt flexibel angeboten werden können (MARSHALL, 1998).

Tabelle 1: Öffentliche und private Sicherheitskräfte im internationalen Vergleich (1994).

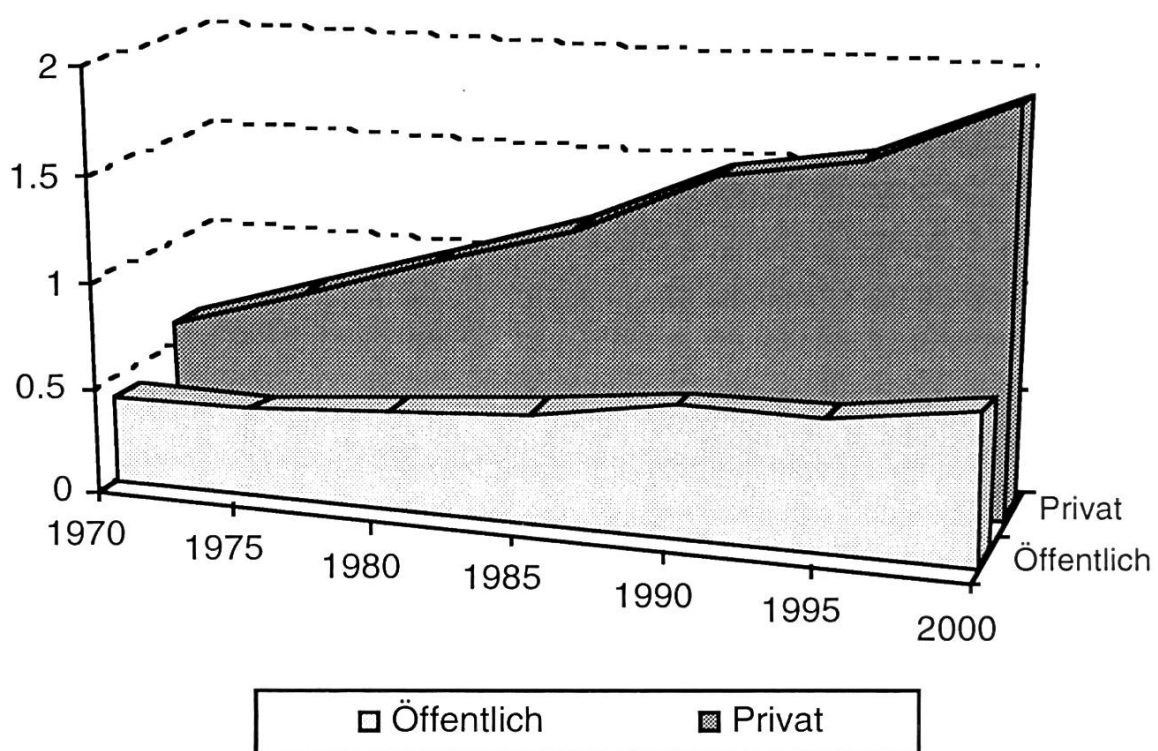
| Land | Polizeikräfte pro 100'000 | | | % Anteil Privat |
|--------------|---------------------------|--------|-------|-----------------|
| | Öffentlich | Privat | Total | |
| Griechenland | 383 | 19 | 402 | 4.7% |
| Italien | 488 | 76 | 564 | 13.5% |
| Österreich | 367 | 75 | 442 | 17.0% |
| Litauen | 545 | 121 | 666 | 18.2% |
| Spanien | 475 | 135 | 610 | 22.1% |
| Finnland | 232 | 69 | 301 | 22.9% |
| Belgien | 344 | 109 | 453 | 24.1% |
| Frankreich | 346 | 121 | 467 | 25.9% |
| Portugal | 440 | 156 | 596 | 26.2% |
| Schweiz | 265 | 108 | 373 | 29.0% |
| England | 347 | 155 | 502 | 30.9% |
| Irland | 304 | 143 | 447 | 32.0% |
| Norwegen | 231 | 112 | 343 | 32.7% |
| Niederlanden | 255 | 132 | 387 | 34.1% |
| Schweden | 282 | 184 | 466 | 39.5% |
| Deutschland | 320 | 217 | 537 | 40.4% |
| Luxemburg | 276 | 201 | 477 | 42.1% |
| Dänemark | 238 | 193 | 431 | 44.8% |
| USA | 300 | 582 | 882 | 66.0% |

Quelle: KANGASPUNTA et al. (1998), S. 58.

Diese Daten geben allerdings keine Auskunft über die zeitliche Entwicklung. Hierzu existieren bislang keine international vergleichenden Daten. Allerdings sind sich alle Experten darin einig, dass der Bereich privater Sicherheitsdienste in den vergangenen 20 Jahren eine enorme Expansion erfahren hat (JOHNSTON, 1999b). So existieren für die USA entsprechende Schätzungen aus dem zweiten «Hallcrest Report» von 1990 (CUNNINGHAM et al., 1990). Diese Daten zeigen, dass der Bestand privater Sicherheitskräfte in den USA zwischen 1970 und 1990 von rund 0,6 auf etwa 1,5 Millionen Angestellte zugenommen hat und für das Jahr 2000 ein Bestand von 1,8 Millionen Beschäftigten im privaten Sicherheitsbereich prognostiziert wurde (vgl. Abbildung 1).

Damit dürfte um die Jahrhundertwende in den USA das Verhältnis zwischen privaten und öffentlichen Sicherheitskräften etwa bei 3 : 1 liegen. Ein aussergewöhnliches Wachstum des privaten Sicherheitssektors ist aber auch für andere Länder belegt. NOGALA & SACK (1999) beispielsweise schätzen, dass der Bestand privater Sicherheitskräfte in Deutschland zwischen 1980 und 1994 etwa um das 3,5fache angestiegen ist.

Abbildung 1: Privates und öffentliches Sicherheitspersonal in den USA.

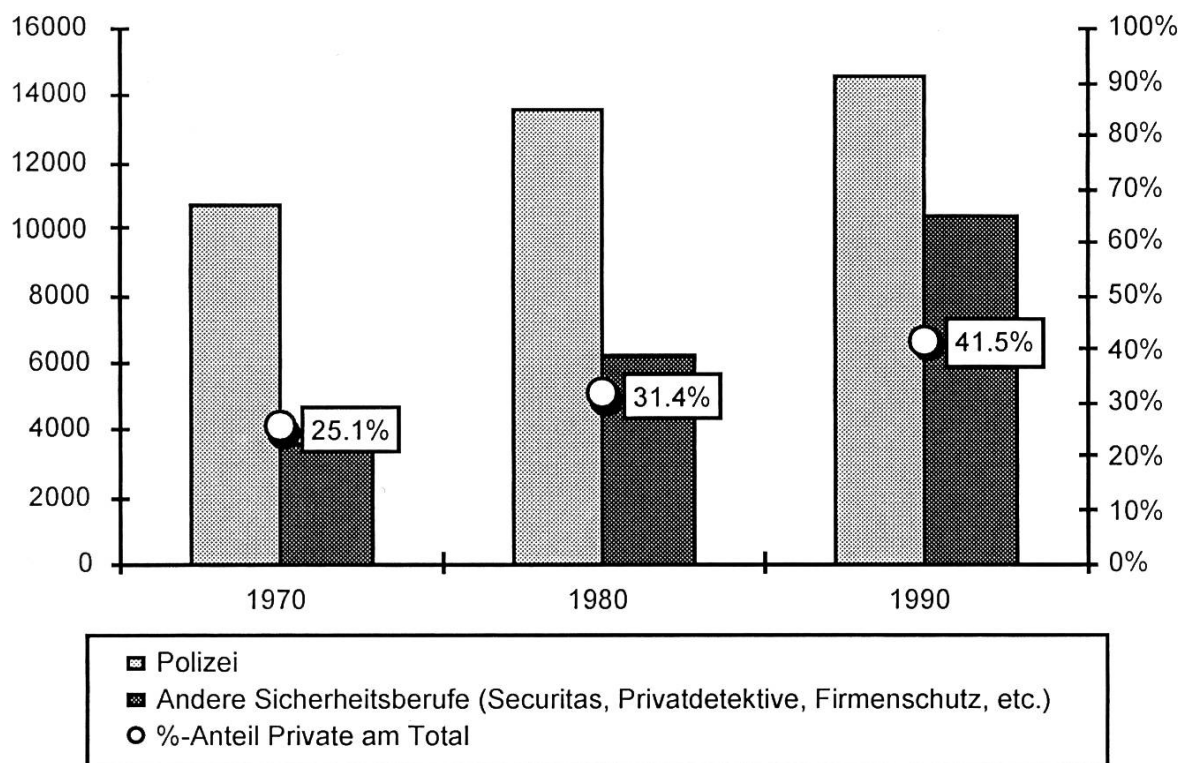


Quelle: CUNNINGHAM et al. (1990).

2.1 Zur Situation in der Schweiz

Für die Schweiz erlauben zwei Datenquellen wenigstens eine grobe Abschätzung von Entwicklung und Umfang privater Sicherheitsdienste. So enthalten erstens die Ergebnisse der Schweizerischen Volkszählungen unter der Berufskategorie «Berufe der Sicherheits- und Ordnungspflege» die beiden Unterkategorien «Nacht-, Securitaswächter» sowie «Übrige Berufe der Sicherheitswahrung und Ordnungspflege». Weil über die Volkszählungen 1970 bis 1990 einzelne Berufe in andere Klassifikationen zugeteilt wurden und zudem innerhalb der genannten Kategorien auch Berufe aufgeführt sind, die nicht im engeren Sinne dem Bereich Sicherheitsdienst zuzurechnen sind, können die Zahlen nur als grobe Näherung verstanden werden. In Abbildung 2 sind die entsprechenden Daten für den Zeitraum 1970 bis 1990 dargestellt. Sie lassen erkennen, dass seit den frühen 70er Jahren der Bereich privater Sicherheitsberufe deutlich expandiert hat, und zwar in absoluten Zahlen von rund 3500 Personen im Jahr 1970 auf rund 10'000 Personen im Jahr 1990.

Abbildung 2: Anzahl Personen mit Beruf «Polizei» und «Andere Sicherheitsberufe» gemäss Schweizerischer Volkszählung (1970, 1980, 1990).



Quelle: Bundesamt für Statistik, Volkszählung der Schweiz – Erwerbsleben.

In Ergänzung zu diesen Daten vermitteln die eidgenössischen Betriebszählungen eine gewisse Datengrundlage. Allerdings werden hier nur die Beschäftigten in Betrieben gezählt, welche dem Bereich «Detektivbüros, Überwachungsdienste» zugerechnet werden. Hier nicht eingeschlossen ist hingegen das Sicherheitspersonal in Unternehmen, die einem anderen Wirtschaftsbereich zugerechnet sind (z. B. Firmenschutz in Banken, Grossunternehmen, etc.). Aus diesem Grund können diese Daten nur Hinweise auf zeitliche Trends, aber nicht auf den Umfang der Beschäftigung im privaten Sicherheitsbereich liefern. Die in Tabelle 2 gezeigten Daten bestätigen zum einen die deutliche Zunahme der Beschäftigtenzahl zwischen den 70er Jahren und den frühen 90er Jahren. Zudem lässt sich nach einer Phase der Stagnation bis 1995 ein deutlicher Zuwachs zwischen 1995 und 1998 beobachten.

Tabelle 2: Arbeitsstätten und Beschäftigte im Bereich «Detektivbüros, Überwachung» gemäss Schweizerischer Betriebszählung.

| Jahr | Arbeitsstätten | Detektivbüros, Überwachung Beschäftigte | | | Polizei Beschäftigte |
|------|----------------|--------------------------------------------|----------|-------|-------------------------|
| | | Vollzeit | Teilzeit | Total | Vollzeit |
| 1975 | 142 | 1841 | – | – | 12'645 |
| 1985 | 127 | 2483 | – | – | 14'990 |
| 1991 | 251 | 3561 | 4942 | 8503 | 16'358 |
| 1995 | 310 | 3365 | 4569 | 7934 | 20'149 |
| 1998 | 378 | 3866 | 5171 | 9037 | 19'785 |

Quelle: Bundesamt für Statistik (Hrsg.), Eidgenössische Betriebszählungen, versch. Jahrgänge.

2.2 Qualitative Verschiebungen

Die Expansion des Privatsektors im Bereich der «Sicherheitsproduktion» beschränkt sich aber nicht auf eine rein zahlenmässige Zunahme. Vielmehr ist damit ein bedeutsamer struktureller Wandel verbunden. Vier Entwicklungen sind hierbei besonders bedeutsam:

Erstens ist es in Zusammenhang mit dem generellen Wachstum der privaten Sicherheitsindustrie zur Entstehung grosser multinationaler Sicherheitskonzerne gekommen, die ihre professionalisierten Dienste in einer enormen Vielfalt von Tätigkeitsbereichen anbieten. Der US-amerikanische

Konzern «Pinkerton» beispielsweise beschäftigte 1997 rund 45'000 Personen im Sicherheitsbereich und führt über 250 Niederlassungen auf der ganzen Welt. Das Unternehmen wurde im März 1999 vom schwedischen Sicherheitskonzern Securitas aufgekauft. Dessen aggressive Expansionspolitik äussert sich daneben im Erwerb der Branchen-Marktführer in Deutschland und Frankreich im Jahr 1998. Seither beschäftigt die Securitas Gruppe weltweit rund 117'000 Personen und tätigt einen jährlichen Umsatz von rund CHF 5,5 Milliarden in den Bereichen persönliche Sicherheitsdienste, Sicherheitstechnik sowie Geld- und Wertsachentransporte. Die britische Unternehmungsgruppe Securicor beschäftigt rund 45'000 in einer Vielzahl von Tätigkeiten wie elektronische Überwachung, Einwanderungskontrolle, Finanzierung und Bau von Gefängnissen sowie dem Schutz von Gebäuden und Personen. Die schweizerische Securitas, welche nicht Teil des schwedischen Securitas-Konzerns ist (dieser tritt in der Schweiz unter dem Namen Protectas auf), beschäftigt rund 6500 Personen.

Zweitens sind deutliche Anzeichen für eine qualitative Verlagerung der Tätigkeitsbereiche privater Sicherheitsanbieter zu beobachten. So betraf die Expansion privater Sicherheitsdienstleistungen bis vor einigen Jahren vor allem den privatrechtlichen Sektor. Zu denken ist hier insbesondere an die Begleitung von Geldtransporten, die Bewachung von Gebäuden oder die Kontrolle von Besuchern. Dabei dürfte die Auslagerung von vorher firmeninternen Sicherheitsfunktionen an externe Anbieter wesentlich zur Expansion von Sicherheitsfirmen beigetragen haben. Hingegen wurden gerade während der vergangenen 10 Jahre neue Tätigkeitsfelder erschlossen, die zu einer wachsenden Präsenz privater Sicherheitsdienste im öffentlichen Blickfeld führen (VOSS, 1993). Sie zeigen sich in Form von Dienstleistungen für private oder halbprivate Unternehmen, deren Räume aber in grossem Ausmass einen öffentlichen Charakter haben. Dies betrifft etwa Sicherheitskontrollen und Überwachungsdienste in Flughäfen und öffentlichen Verkehrsmitteln sowie in Einkaufszentren und Ladenpassagen. In diesen Grenzbereich gehört aber auch die Türkontrolle bei Nachtclubs und Diskotheken, ein Bereich, in dem es während der letzten Jahre in der Schweiz mehrmals zu schweren Gewaltdelikten gekommen ist¹.

Drittens sind Ansätze zu einer stärkeren Aktivität privater Sicherheitsdienste im Kernbereich der öffentlichen Sicherheit zu beobachten, wobei ihre Zuständigkeit auf subsidiäre Funktionen beschränkt bleibt. So etwa in Form von privaten City-Streifen oder der Überprüfung des ruhenden und fliessenden Verkehrs. Ein Beispiel hierfür ist die Vereinbarung zwischen privaten Sicherheitsfirmen und der Polizei von Frankfurt am Main vom August 1999. Mit dieser Vereinbarung übernehmen neu 133 private Sicherheitsangestellte allgemeine Überwachungs- und Fahndungsaufgaben in

der Stadt Frankfurt. Eingeschränkt wird deren Tätigkeit nur dadurch, dass im engeren Sinne polizeiliche Aufgaben wie Festnahmen oder Personenkontrollen weiterhin von der Polizei vorgenommen werden. Allerdings sind entsprechende Entwicklung auch in der Schweiz deutlich zu beobachten. Beispielsweise patrouilliert in der Zürcher Gemeinde Rorbas seit 1997 ein privater Sicherheitsdienst, der hilfspolizeiliche Aufgaben wie die Kontrolle der Polizeistunde und das Verzeigen von falsch parkierten Fahrzeugen übernimmt². Ähnlich übernehmen in der Genfer Gemeinde Cologny oder in Reinach (BL) inzwischen private Sicherheitsdienste öffentliche Überwachungsaufgaben³. Dabei expandieren im Graubereich zwischen community policing und professionellen Sicherheitsanbietern auch lokale Zusammenschlüsse von Freiwilligen, welche Überwachungs- und Kontrollaufgaben übernehmen. Beispielsweise kennen alleine im Kanton Zürich die Gemeinden Fehraltorf, Affoltern am Albis und Zollikon so genannte Gemeindeordnungsdienste. Sie bestehen in der Regel aus Freiwilligen, die – manchmal bewaffnet – nachts durch Quartiere patrouillieren. In der Stadt Zürich ist ein Vorstoss zur Schaffung privater Quartieraufsichten im Stadtparlament nur knapp gescheitert⁴.

Schliesslich gibt es bereits heute eine Diskussion um die Übertragung ganzer Zuständigkeitsbereiche der Polizei an private Anbieter. Diese letzte Expansionsstufe ist allerdings bislang in Europa nur als Denkmodell diskutiert worden. Immerhin tangiert aber der in den Kantonen Luzern und Zürich bereits heute praktizierte Transport von Gefangenen durch private Sicherheitsfirmen zentrale Bereiche polizeiliche Tätigkeit.

3. URSACHEN DER LIBERALISIERUNG DES SICHERHEITSMARKTES

Die hier skizzierten Entwicklungstrends lassen erkennen, dass das Feld der inneren Sicherheit einem raschen und historisch aussergewöhnlichen Strukturwandel unterliegt. Dies umso mehr, als das staatliche Gewaltmonopol und dessen Ausübung durch spezialisiertes Personal eine erstrangige Wurzel des modernen Staates und seiner Entstehung bilden. Allerdings ist umgekehrt zu beachten, dass diese Entwicklungen aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive nur eine Variante eines sehr viel allgemeineren Prozesses darstellen. Sie reihen sich nämlich ein in eine ganze Reihe von Liberalisierungs- und Privatisierungsprozessen im Bereich der Energiewirtschaft, des Telekommunikationsmarktes, des öffentlichen Verkehrs oder des Gesundheitsmarktes. Allerdings ist zu beachten, dass Phänomene wie die Liberalisierung des Strommarktes oder des Kommunikationsmarktes auf politischen Entscheiden und einer koordinierten rechtlichen

Regelung der Rahmenbedingungen basieren. Demgegenüber handelt es sich im Bereich des Sicherheitsmarktes um ein allmähliches Vordringen privater Unternehmen. Sie reagieren zunächst auf Sicherheitsbedürfnisse, welche durch die staatliche Polizei nicht oder unzureichend abgedeckt werden. Sie expandieren neu immer stärker in Bereiche, wo ursprünglich polizeiliche Tätigkeiten substituiert oder ergänzt werden. Allerdings bleibt vorläufig – mit Ausnahme der USA, wo territoriale private Polizeikräfte etwa auf Hochschulgeländen eine längere Tradition haben – der hoheitliche Bereich der Kontrolle über den öffentlichen Raum sowie der Kriminalitätsverfolgung ausschliesslich der staatlichen Polizei vorbehalten.

Zur Erklärung dieses allgemeinen Liberalisierungsschubes wird vor allem auf drei Faktoren verwiesen (vgl. BERNAUER, 1999). Erstens hat mit der Abnahme der äusseren Bedrohung nach dem Untergang der kommunistischen Regimes in Osteuropa das Argument der Versorgungssicherheit gegenüber Effizienzargumenten an Bedeutung gewonnen. Zweitens ist es nach dem Ende des Kalten Krieges hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Staat und Markt zu einem Wertwandel gekommen. Dabei konnten sich die Argumente der neoklassischen Ökonomie als dominierende Leitvorstellung durchsetzen. Drittens hat der beschleunigte technologische Wandel zusammen mit der steigenden Bedeutung globaler Märkte zu erhöhten Anforderungen in Bezug auf die Flexibilität und Effizienz von Dienstleistungen geführt und damit ebenfalls Prozesse der Deregulierung begünstigt. Solche allgemeinen Hintergründe der jüngeren Geschichte haben die Neudefinition der Grenzen zwischen privat und öffentlich begünstigt und ihre Spuren auch im Bereich der Sicherheit hinterlassen (vgl. ARZT, 1998).

Neben diesen allgemeinen Hintergrundfaktoren, die generell Prozesse der Deregulierung und Liberalisierung in verschiedenen Sektoren begünstigt haben, spielen aber im Bereich der Sicherheit eine Reihe spezifischer Einflussgrössen eine Rolle (vgl. auch JOHNSTON, 1999a). Deren vier stehen dabei im Vordergrund. *Erstens* reagiert die Expansion privater Sicherheitsanbieter auf die Fiskalkrise der 80er und 90er Jahre, die auch im Bereich staatlicher Polizei zu einer Beschränkung der Expansion und einem entsprechenden Potential für private Anbieter geführt hat. Hierbei fällt ins Gewicht, dass die privaten Sicherheitsdienste viele Dienstleistungen zu weit tieferen Preisen als die staatliche Polizei anbieten, wofür neben der höheren Flexibilität insbesondere auch der meistens sehr tiefe Ausbildungsgrad verantwortlich ist (NOGALA & SACK, 1999). *Zweitens* spielt besonders im Bereich der Sicherheitsdienste für kommerzielle Unternehmen die Transformation räumlicher Strukturen eine Rolle. Während in der Industriegesellschaft eine klare Zweiteilung zwischen Privatsphäre und öffentli-

cher Sphäre dominierte, schiebt sich in der Dienstleistungsgesellschaft ein neuer Typus von Räumen dazwischen, der auch als kollektives Privateigentum («mass private property») bezeichnet wird (JOHNSTON, 1999b: 234; JONES & NEWBURN, 1999). Seine typische Gestalt ist das Einkaufszentrum, das privaten Besitz mit relativ unbegrenztem öffentlichen Zugang verbindet. Durch die Expansion solcher Räume (man denke auch an Bildungseinrichtungen, Spitäler, Vergnügungszentren, etc.) entsteht eine wachsende Nachfrage nach privater Kontrolle über diesen Typus sozialen Raumes. *Drittens* hat als Folge der Zunahme von Kriminalität während der vergangenen 30 Jahre und dem gestiegenen Risikobewusstsein in der Bevölkerung die Nachfrage nach antizipierenden Strategien zugenommen. Solche Strategien der präventiven Kriminalitätskontrolle äussern sich etwa in Form von Videoüberwachungsanlagen oder räumlich konzentrierten Sicherheitspatrouillen in Ladenstrassen und werden bevorzugt bei privaten Anbietern eingekauft (NORRIS & ARMSTRONG, 1998). Schliesslich ist der gesamte Bereich der strafrechtlichen Kontrolle durch einen enormen Technologisierungsschub gekennzeichnet. Dabei hat der Einsatz neuer Technologien (z. B. im Bereich der Fahndung) zwar auch die öffentliche Polizeitätigkeit nachhaltig verändert. Allerdings sind hierdurch expandierende Märkte für technologisch spezialisierte private Anbieter entstanden (NOGALA, 1995).

4. PROBLEME UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Entwicklung der vergangenen 30 Jahre hat ohne Zweifel dazu geführt, dass Sicherheit in zunehmendem Ausmass zu einem kommerziell und nach marktwirtschaftlichen Prinzipien gehandelten Gut geworden ist. In den USA dürften private Sicherheitsdienste bereits heute die primäre Quelle der Produktion von Sicherheit geworden sein. Für Europa ist absehbar, dass marktwirtschaftlich produzierte Sicherheit weiter an Bedeutung zunehmen wird und möglicherweise in vielen Bereichen des Alltags an Stelle der Polizei treten wird (JOHNSTON, 1999b). Dabei ist weniger wahrscheinlich, dass diese Expansion wesentlich durch Formen wie freiwillige und auf Einzelinitiativen beruhender Patrouillen im Sinne des Community Policing getragen wird. Vielmehr weisen alle Evidenzen darauf hin, dass von allem der Bereich professionalisierter und spezialisierter Sicherheitsunternehmen weiter expandieren wird (vgl. SHAPLAND & OTRIVE, 1999).

Hierdurch ergeben sich mindestens in fünf Hinsichten erhebliche Probleme. *Erstens* beinhaltet polizeiliche Arbeit den Umgang mit einer grossen Zahl von hochsensiblen Daten und Informationen beispielsweise über in

Strafverfahren beteiligte Personen. Die Tätigkeit privater Sicherheitsunternehmen führt hier zu einer zunehmenden Menge analoger Informationen, die Probleme bezüglich Datenschutz und Datensicherheit nach sich ziehen. So dürfte angesichts der wachsenden Möglichkeiten präventiver Überwachung und Kontrolle die Frage immer wichtiger werden, wer solche Daten mit welchem Zweck erheben und Dritten verfügbar machen darf. Im aktuellen politischen Klima der Betonung von innerer Sicherheit wirkt diese Frage keine grossen Wellen. Allerdings ist durchaus denkbar, dass die Kombination einer flächendeckenden panoptischen Überwachung (wie sie etwa in den britischen Innenstädten bereits existiert) mit einer Teilprivatisierung von Sicherheitsaufgaben zu einem ernsthaften ethischen und politischen Problem wird. *Zweitens* wirkt die Expansion der privaten Sicherheitsindustrie Fragen der rechtlichen Regulierung von Zuständigkeiten, Kompetenzen und Ausbildungsgängen auf. Gerade was die Qualität der Ausbildung betrifft, so bestehen nach übereinstimmendem Urteil von Experten bei vielen privaten Firmen erhebliche Defizite. In der Schweiz bestehen bezüglich der Abgrenzung von Kompetenzen erst in den Kantonen Solothurn und Genf gesetzliche Regelungen, während in anderen Kantonen keine spezifischen Rechtsgrundlagen existieren⁵. Es ist durchaus denkbar, dass in Zukunft die hoheitsrechtlichen Befugnisse der Polizei in Frage gestellt und private Anbieter auf eine Expansion ihrer Kompetenzen drängen könnten. Dies dürfte besonders dann problematisch werden, wenn infolge knapper öffentlicher Kassen die staatlichen Autoritäten auf günstigere private Angebote angewiesen sein könnten. *Drittens* ist zu bedenken, dass die Expansion der staatlichen Polizei nicht zuletzt auf einem Gleichheitsgedanken beruht: Sicherheit soll als öffentliches Gut idealerweise für jedes Gesellschaftsmitglied in gleicher Weise zur Verfügung gestellt werden. Die Privatisierung und Kommerzialisierung von Sicherheitsproduktion könnte zur Entstehung neuer Ungleichheiten führen, indem Qualität und Umfang von Sicherheitsangeboten von den finanziellen Mitteln von Einzelpersonen oder sozialen Gruppen (etwa einem Wohnquartier) abhängig werden. Beispielsweise impliziert das Spiel von Angebot und Nachfrage, dass sich für die Sicherheit eines Managers deutlich höhere Preise erzielen lassen als für die Sicherheit eines einfachen Arbeiters (OCQUETEAU, 1995). *Viertens* ist bereits heute deutlich sichtbar, dass vor allem die grossen privaten Sicherheitsfirmen als Interessenvertreter Einfluss auf die Politik der inneren Sicherheit nehmen. Unklar ist hingegen, inwiefern dies den gesamten Bereich der Strafrechtspolitik und der Sicherheitspolitik verändern wird. Immerhin wird verschiedentlich vermutet, dass es mit der Expansion einer privaten Sicherheitsindustrie zu einem Paradigmenwechsel von einer reaktiven öffentlichen sozialen Kontrolle hin zu einem umfassenden, und dem Aufgabenbereich der Polizei vorgelegten professionellen Risikomanagement kommen werde (BRODEUR,

1995). Es stellt sich dabei in Bezug auf eine politische Ethik die Frage, inwiefern demokratische Gesellschaften den Einfluss privater Interessen auf die Herstellung von öffentlicher Sicherheit tolerieren können. *Fünftens* schliesslich setzt die Privatisierung von Wirtschaftsbereichen, welche zentrale Güter der modernen Gesellschaft produzieren, die Stabilität der rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen voraus. Entsprechend dürfte eine Teilprivatisierung der Polizei solange unproblematisch bleiben, als ein Mindestmass an gesellschaftlicher Stabilität vorausgesetzt werden kann. Die Sachlage stellt sich allerdings wesentlich anders dar, wenn man das Szenario möglicher politischer und gesellschaftlicher Konflikte bedenkt. In einer solchen Situation könnte auch eine nur teilweise Übertragung staatlicher Hoheitsrechte an private Organisationen verheerende Folgen haben.

Anmerkungen

1 Vgl. z. B. Weltwoche, 11. Juni 1998.

2 Vgl. Der Landbote, Nr. 168, 24. Juli 1997.

3 Vgl. Basler Zeitung, Nr. 32, 23. Februar 2000.

4 Vgl. Tages-Anzeiger, 20. Januar 2000.

5 Vgl. Interview in der Berner Zeitung, Nr. 160, 13. Juli 1998, mit Rolf SCHATZMANN, Vizedirektor der Bundesanwaltschaft.

Literatur

Arzt G., «Privatisierung der Sicherheit – Strafrecht am Ende», in: Wiegand W. (Ed.), *Rechtliche Probleme der Privatisierung*, Bern: Stämpfli, 1998, 313-341.

Barro R.J., *Getting it right: markets and choices in a free society*, Cambridge: MIT Press, 1996.

Bernauer T., *Liberalisierung der Strommärkte und ihre Folgen*, Referat im Rahmen der gleichnamigen Tagung des Collegium Helveticum, ETH-Zürich, 26. Februar 1999.

Bornschiefer V., *Westliche Gesellschaft – Aufbau und Wandel*, Zürich: Seismo, 1998.

Brodeur J.-P., «Le contrôle social: privatisation et technocratie», *Déviante et société*, 19 (2), 1995, 127-147.

Cunningham W.C., Strauchs J.J. & Meter C.W.V., *Private Security Trends 1970-2000*, Boston: Butterworth-Heinemann, 1990.

De Waard J., *The Private Security Industry: International Perspectives*, The Hague: Ministry of Justice, Strategic Planning Unit, Unpublished Paper, 1998.

De Waard J., «The Private Security Industry in International Perspective», *European Journal on Criminal Policy and Research*, 7 (2), 1999, 143-174.

Johnston L., «Private Policing in Context», *European Journal on Criminal Policy and Research*, 7 (2), 1999a, 175-196.

Johnston L., «Private Policing: Uniformity and Diversity», in: Mawby R.I. (Ed.), *Policing across the World; Issues for the Twenty-first Century*, London: UCL Press, 1999b, 226-238.

Jones T., Newburn T., «Urban Change and Policing: Mass Private Property Reconsidered», *European Journal on Criminal Policy and Research*, 7 (2), 1999, 225-244.

Kangaspunta K., Joutsen M. & Ollus N. (Eds.), *Crime and Criminal Justice in Europe and North America, 1990-1994*, Helsinki: European Institute for Crime Prevention and Control (HEUNI), 1998.

Marshall I.H., «Operation of the Criminal Justice System», in: Kangaspunta K., Joutsen M. & Ollus N. (Eds.), *Crime and Criminal Justice in Europe and North America, 1990-1994*, Helsinki: European Institute for Crime Prevention and Control (HEUNI), 1998, 54-114.

Nogala D., «Was ist eigentlich so privat an der Privatisierung sozialer Kontrolle», in: Sack F., Voss M. et al. (Hrsg.), *Privatisierung sozialer Kontrolle*, Baden-Baden: Nomos, 1995, 234-260.

Nogala D., Sack F., «Private Reconfigurations of Police and Policing – The Case of Germany», in: Shapland J., Outrive L.V. (Eds.), *Police et Sécurité – Policing and Security*, Paris: L'Harmattan, 1999, 53-70.

Norris C., Armstrong G., «Smile, you're on camera», *CILIP/Bürgerrechte und Polizei*, 61 (3), 1998, 10-25.

Ocqueteau F., «Etat, compagnies d'assurances et marché de la protection des biens», *Déviance et Société*, 19 (2), 1995, 151-158.

Shapland J., Outrive L.V. (Eds.), *Police et Sécurité; contrôle social et interaction public/privé – Policing and Security: social control and the public/private divide*, Paris: L'Harmattan, 1999.

Voss M., «Privatisierung öffentlicher Sicherheit», in: Frehsee D., Löschper G. & Schumann K.F. (Hrsg.), *Strafrecht, soziale Kontrolle, soziale Disziplinierung (Jahrbuch für Rechtssoziologie und Rechtstheorie)*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1993, 81-102.